



## Themen

Seite 1

**Gribl: Digitalisierung im Schulterchluss**

Seite 4

**Söder: Wir müssen Verwaltung neu denken**

Seite 5

**Vortrag von Professor Haddadin**

Seite 6

**Podiumsdiskussion beim STÄDTETAG**

Seite 8

**Informationssicherheit und Best Practice**

Seite 9

**Bürgermeister wollen kein dickes Fell**

Seite 10

**Offensive zum Flächensparen**

Seite 12

**Städtische EU-Koordinatoren in Brüssel**

Seite 13

**Dienstreisen in EU-Länder**

## Gribl: Digitalisierung im Schulterchluss

Die Digitalisierung der Gesellschaft führt zum Wandel in den Städten und in den kommunalen Verwaltungen. „An Digitalisierung kommt man nicht vorbei“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. Bei seiner Rede vor der 55. Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2019 in Augsburg verwies Gribl auf seine persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Smartphones und Tablets. Er sei offen für Neues und neugierig auf Anwendungen, aber nun einmal kein „digital native“. Die ständigen Innovationen und die hohen Geschwindigkeiten in der Informations- und Kommunikationstechnologie führen zu einem Gefühl der Getriebenheit.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt, das Wirtschaftsleben und die Gesellschaft. Mit diesem digitalen Veränderungsprozess wandeln sich die Städte. Smartphones, Tablets, Online-Shopping, Twitter und Instagram beschleunigen das Leben, machen es teilweise komfortabler und teilweise komplexer. Wenn digitale Anwendungen im privaten Leben bei Online-Einkauf und Reisebuchung das Leben erleichtern, weckt dies Erwartungen der Bürgerschaft an das Rathaus. Wer von zu Hause aus im Internet ein Auto kauft, will nicht zur Zulassungsstelle gehen, sondern würde das Auto am liebsten vom Sofa aus anmelden.

Gribl: „Die Digitalisierung treibt die Städte zum Wandel und führt zum Einsatz smarterer und digitaler Dienste. Städte und Gemeinden sind bereit, die Verwaltung umzubauen. Dies muss gut geplant sein und darf nicht um jeden Preis geschehen.“ Die Städte und Gemeinden sind laut Gribl die „Taktgeber, die vernünftig, planvoll und zügig“ an die Digitalisierung gehen. Allerdings führt dies zu einem Spannungsfeld, da einerseits die Erwartungen der Bürgerschaft an digitale Angebo-

### Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Website: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



te hoch sind, aber andererseits von kommunalen Verwaltungen Sicherheit erwartet wird. Und: Bisweilen herrschen in Verwaltungen Unsicherheit und Angst vor Veränderungen.

Bei aller Begeisterung für das technisch Machbare darf Digitalisierung keinen Menschen zurücklassen. Das Rathaus ist ein Ankerpunkt, der sich digital wandelt und gleichzeitig analog erreichbar bleibt. Gribl: „Niemand darf auf der Strecke bleiben, weil es ab morgen nur digital geht.“ Die digitale Stadt schafft Teilhabe und schließt keinen Menschen aus.

### **Städte verbinden die analoge und die digitale Gesellschaft**

Städte erbringen ihre Daseinsvorsorge für alle, für technisch affine Menschen ebenso wie für die Menschen, die nicht online sind – sei es aus Altersgründen oder weil sie sich teure Geräte nicht leisten können. Die Stadt vertritt auch die Interessen der Menschen, die sich digital kein Gehör verschaffen können. Gribl: „Städte und Gemeinden verbinden analoge und digitale Gesellschaft. Sie erbringen die Daseinsvorsorge für alle Menschen. Die Verlässlichkeit der Städte in der analogen Welt ist der Maßstab für den kommunalen Digitalisierungsprozess.“ Allerdings zieht die Parallelstruktur von analoger und digitaler Verwaltung hohen Aufwand nach sich.

Der digitale Wandel in Kommunen sorgt für ein komplexes Spannungsfeld, da laut Gribl die Komplexitäten der kommunalen Aufgaben keineswegs mit der Wirtschaft vergleichbar sind: „Wir sind ein Gemischtwarenladen als Kommunen“, deren vielfältigen Aufgabenfelder der kommunalen Daseinsvorsorge alle Lebenslagen von der Wiege bis zur Bahre abdecken. Der digitale Wandel erfordert Kreativität mit Gestaltungswillen und birgt das Risiko, gelegentlich zu scheitern. Gribl: „Unsere Stellenbeschreibung lautet, die Daseinsvorsorge auf den neuesten Stand zu bringen.“

Städte müssen ein Maß finden zwischen analogem Zeitaufwand und digitaler Beschleunigung von Kommunikationsprozessen. Die Bürgerschaft erwartet laut Gribl guten „Bürgerservice mit Dienstleistungscharakter“. Die Daseinsvorsorge muss effizient erbracht werden, gut organisiert sein und mit niedrigen Personalkosten funktionieren. Neue Technologien erfordern Offenheit. Dabei ist gleichzeitig Vorsicht geboten, um die Kontinuität einer seriösen und verantwortungsvollen Verwaltung sicherzustellen.

Das Verhältnis muss ausgewogen bleiben, um neue Datenquellen erschließen zu können und Daten zu veredeln, darüber aber gleichzeitig den Schutz von Daten und der persönlichen Belange der Menschen nicht zu verletzen. Städte dürfen nicht zu Getriebenen der Interessen der Wirtschaft und großer internationaler Konzerne werden. Kommunen wägen Chancen und Gefahren von technischen Innovationen ab.

Die Anwendungsmöglichkeiten für digitale Lösungen sind laut Gribl reizvoll und vielfältig – digitale Schule, digitale Mobilität, digitales Rathaus, digitale Pflege und Gesundheit. Es geht um den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, wie Wasser; es geht um Möglichkeiten zur Verbesserung des Klimaschutzes; es geht um die Sammlung und Auswertung von Umweltdaten, die etwa einen effektiven Hochwasserschutz ermöglichen; der Einsatz digitaler Möglichkeiten kann dazu beitragen, bei der Straßenbeleuchtung Energie zu sparen.

### **staedtetag.blog dient dem Austausch in der digitalen Praxis**

Gribl verwies mit dem Blick auf die vielfältigen Chancen von Digitalisierung auf die Notwendigkeit des Erfahrungsaustauschs, wofür der BAYERISCHE STÄDTETAG in Augsburg im reichhaltigen Begleitprogramm anregende Beispiele aus der Praxis geben konnte. Der Austausch zwischen den Mitgliedstädten und

Mitgliedsgemeinden soll sich fortsetzen im neu eingerichteten [staedtetag.blog](http://staedtetag.blog).

Städte lernen voneinander und nehmen sich gegenseitig im Prozess der Digitalisierung mit. Wissensträger können laut Gribl Erfahrungen austauschen, zumal „wenn Städte ähnliche Strukturen haben und ähnliche Leistungen erbringen.“ Aber klar ist auch: „Es gibt kein Einheitsmodell der Digitalisierung für den Gemischtwarenladen der Kommunen.“

Städte und Gemeinden gehen die Herausforderungen der Digitalisierung selbstbewusst an. Dabei müssen die Städte und Gemeinden laut Gribl „nicht der first mover sein, aber der smart follower“. Er warnte vor übertriebenem Ehrgeiz, überall technologisch an der Spitze zu stehen. Nötig sei in Kommunen eine „neue Kultur des Umgangs mit Digitalisierung“, meinte Gribl: „Man muss auch mal zugeben, wenn man von neuer Technik überfordert ist.“

Die Grundvoraussetzung für die digitale Transformation ist laut Gribl eine flächendeckende technische Infrastruktur in Stadt und Land mit einer modernen Breitbandversorgung und Mobilfunkversorgung. Nötig ist der Schulterschluss von Bund, Freistaat und Kommunen, um ein gemeinsames Konzept für die Digitalisierung zu erarbeiten, um das Onlinezugangsgesetz des Bundes umzusetzen, um Datenschutz zu gewährleisten und die Chancen der Digitalisierung gemeinsam zu nutzen, etwa bei der Einrichtung eines digitalen Bürgerkontos zur Erbringung von Dienstleistungen. So müsse der Freistaat den Kommunen auch künftig Basisdienste für die elektronische Verwaltung dauerhaft und betriebskostenfrei zur Verfügung stellen. Auf bayerischer Ebene ist laut Gribl „Steuerung und Struktur“ nötig mit klaren Zuständigkeiten der jeweiligen Ministerien.

Mit Blick auf die vielen offenen Fragen bei der Förderung der digitalen Schule warb Gribl dafür, „Missverständnisse auszuräumen, um zu einer

gemeinsamen Aufgabenerfüllung zu kommen zwischen Freistaat und Kommunen. Es muss ein gemeinschaftliches Verständnis für gemeinsame Aufgaben geben.“

Gribl skizzierte die Irritationen vieler Bürgermeister wegen des abrupten Rückzugs des Freistaats im April 2019 aus seinen Förderprogrammen und verwies auf die Unklarheiten über die Umsetzung des Digitalpakts des Bundes auf bayerischer Ebene. Einen nachhaltigen Schub für die Digitalisierung der Schulen könne es nur geben, wenn Bund, Freistaat und Kommunen die Aufgabe gemeinsam schultern.

### **Einheitliche Standards für gleiche Chancen in der digitalen Schule**

Als Erfordernis für die Gleichheit der Lebensverhältnisse müssten alle Kinder in allen Regionen die gleichen Bildungschancen erhalten. Mit einer Anschubfinanzierung ist es laut Gribl bei der Daueraufgabe der Digitalisierung von Klassenzimmern nicht getan. Für Systembetreuung brauchen die Kommunen Klarheit über die Finanzierung. Die Kosten für die Systembetreuung schlagen dauerhaft zu Buche, daher ist eine Beteiligung des Freistaats dringend notwendig.

Die digitale Schule ist keine alleinige Aufgabe des Sachaufwandsträgers, sondern eine Frage der Pädagogik. Die Anschaffung von Laptops, Tablets und Whiteboards allein sorgt noch nicht für die erfolgreiche Umsetzung der digitalen Schule. Gribl: „Damit alle Kinder gleiche Chancen erhalten, braucht es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung, IT-Anwendung und IT-Betreuung. Die Ausstattung der digitalen Schule ist kein herkömmlicher Sachaufwand, wie für eine Tafel oder Schulbank, sondern ist Teil der Pädagogik. Aus dieser Gemeinschaftsaufgabe darf sich der Freistaat nicht zurückziehen.“

*Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)*

Ministerpräsident beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019

## Söder: „Wir müssen Verwaltung neu denken“

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat in einer Grundsatzrede beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019 in Augsburg zum Tagungsthema Digitalisierung ein Konzept der Staatsregierung für den Herbst 2019 angekündigt. Zudem griff er eine Forderung des Bayerischen Städtetags auf und versprach die Verlängerung des vierten Sonderinvestitionsprogramms für Kinderbetreuung bis 31. August 2020.**

Ministerpräsident Söder war angetan vom Tagungsthema Digitalisierung. Bereits zu Beginn seiner Grundsatzrede dankte er für den „neuen Spirit“. Es gehe bei der Umstellung nicht darum, alte analoge Prozesse 1:1 digital abzubilden, sondern „wir müssen Verwaltung neu denken“. Söder kündigte für Herbst 2019 ein großes Konzept der Staatsregierung zur Digitalisierung an. Die Herausforderung liege in der dafür notwendigen geistigen Beweglichkeit.

In seiner Rede griff Söder auch die Forderung des Bayerischen Städtetags auf, das Sonderinvestitionsprogramm für Kinderbetreuung bis 31. August 2020 zu verlängern. Darüber hinaus bekannte sich der Ministerpräsident zur Notwendigkeit, Kommunalpolitiker vor einer zunehmenden gesellschaftlichen Verrohung, vor allem in den neuen digitalen Medien besser als bislang zu schützen. Da aus bösen Worten auch böse Taten werden, sei ein gemeinsames klares Bekenntnis gegen solche Entwicklungen vonnöten.

Kritisch bewertete Söder Anschubfinanzierungen durch den Bund bei Daueraufgaben wie dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder. Es gehe nicht an, dass man nach der Erstfinanzierung einen Streit über die Anschlussfinanzierung führen müsse. Söder wünschte sich einen strategischen Dialog mit den Kommunen über Aufgabe und Finanzierung, zumal Staat und Kommunen in gemeinsamer Verantwortung stehen und die Bürger eine Lösung der Probleme erwarten.

Zu Asyl und Integration begrüßte Söder, dass der Bund sich weiter an den Kosten der Unterbringung beteiligt. Integration bleibe eine Daueraufgabe. Er traf aber keine Aussage zur Forderung nach einer Beteiligung des Freistaats an den kommunalen Ausgaben in diesem Bereich.

In der Schulpolitik sieht Söder einen guten Dialog mit den Kommunen. Beim G8 und G9 werde „natürlich“ die Konnexität anerkannt. Man werde am Ende eine gute Lösung finden. Vage blieben die Aussagen des Ministerpräsidenten zur digitalen Schule. Er ging weder auf die vorzeitige Beendigung des Landesförderprogramms, noch auf die Notwendigkeit eines staatlichen Konzepts für die Systembetreuung der Schulen ein, wie im Koalitionsvertrag angekündigt. Er verwies auf die Erfolge der kommunalen Spitzenverbände bei den FAG-Gesprächen sowie der Gewerbesteuerumlage. Drängende Fragen blieben offen, wie es nach der Anschubfinanzierung weitergeht und ob der Staat sich endlich an der Systembetreuung beteiligt.

Angesichts der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum sieht Söder die Herausforderung, dort noch schneller zu werden und bisherige Stadtplanungsmodelle weiterzuentwickeln. Dazu zählen regionale Klimakonzepte sowie der Vorschlag, Wälder durch Aufforstungsmaßnahmen stärker als Klimaspeicher zu nutzen. Auch in der Stärkung des ÖPNV liegt für Söder eine zentrale Aufgabe. Überlange Verfahren wie beim Zulauf zum Brenner-Basistunnel müssten ebenso beschleunigt werden wie die Bereitstellung einer flächendeckenden Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Söder schloss seine Rede mit dem Dank an den Bayerischen Städtetag für die gute Zusammenarbeit, namentlich mit dem Städtetagsvorsitzenden Dr. Kurt Gribl. Er verband diesen Dank mit dem ausdrücklichen Angebot zum weiteren institutionellen Dialog in Partnerschaft.

*Kontakt: [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)*



Vortrag von Professor Haddadin beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019

## Wohin führen 5 G, Blockchain und Künstliche Intelligenz?

**Wie sieht die Zukunft im Zeitalter der digitalen Revolution aus? Wie lassen sich digitale Fortschritte und physische Welt verbinden? Wie lassen sich Berührungsängste abbauen? Diesen Fragen ging auf dem BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019 Professor Dr.-Ing. Sami Haddadin, Lehrstuhl für Robotik und Systemintelligenz an der Technischen Universität München nach.**

Die erste Antwort hat schon Gottfried Wilhelm Leibniz gegeben. Der Erfinder der Rechenmaschine und des Binärcodes gilt als Begründer der Grundidee von künstlicher Intelligenz (KI): Der Geist des Menschen soll sich nicht mit profanen Berechnungen aufhalten, sondern den Erfindungen widmen. Somit sei KI ein Werkzeug für den Menschen und kein Substitut des Menschen. KI soll das Leben einfacher und besser machen, so Professor Haddadin.

Künstliche Intelligenz ist eine Geschichte großer Versprechungen, aber auch großer Warnungen. Wird sie - verkörpert durch Roboter - etwa Arbeitsplätze kosten? Technologie bedeutet Wandel. Dies kann zu Disruption führen, aber auch Neues schaffen. Bis heute sind Roboter hauptsächlich als Positioniermaschinen in Autofabriken bekannt. Nur große Konzerne konnten sich diese kostspieligen Anlagen leisten.

Weltweit wurden jährlich nur etwa 300.000 Roboter verkauft. Nach Professor Haddadin könne man von einer Demokratisierung des Roboters vergleichbar mit dem Smartphone daher bis heute nicht sprechen. Und doch seien pro Roboter zehn neue Arbeitsplätze generiert worden.

In der Elektroindustrie hat die Automatisierung bislang noch nicht Einzug gehalten. Ein Roboter konnte auf die feinfühligsten Bewegungsmuster einer menschlichen Hand nicht programmiert werden – mit der Folge, dass die Manufakturen der Elektroindustrie aus Wirtschaftlichkeitsgründen in die Entwicklungsländer verlagert wur-

den. Doch über die Technologieplattform Europa wird sich feinfühliges und lernfähiges Roboterwerkzeug etablieren. Nicht nur die Entwicklung, sondern auch die Produktion dieser Werkzeuge hat in Bayern schon jetzt neue Arbeitsplätze geschaffen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben und werden davon profitieren.

Wohin geht die Reise der Entwicklung von KI aus Sicht von Professor Haddadin? Zukünftig müsse der Mensch nicht mehr vor einem Roboter geschützt werden. Es gehe nicht um „Mensch oder Maschine“, sondern um „Mensch und Maschine“. Der Mensch sei der Meister, die Maschine der Helfer.

Zudem soll die Technologie für jedermann verfügbar und nutzbar sein. Es wird laut Professor Haddadin Gehirnimplantate geben, die Querschnittsgelähmte so trainieren können, dass sie wieder mit ihrer Außenwelt kommunizieren können. Roboter können alten Menschen dabei helfen, selbstbestimmt zu leben.

Doch hierfür ist ein anderer Prozess der Technologieentwicklung notwendig. Früher wurde von Experten für Experten entwickelt. Heute sind all die ethischen, philosophischen, soziologischen und rechtlichen Fragen frühestmöglich mit den Betroffenen zu diskutieren. Die Technologie müsse von Anfang an menschenkonzentriert sein, so Professor Haddadin.

„Die Technologie ist keine Gefahr, sondern eine Möglichkeit“, meint Professor Haddadin. Wesentlich ist, dass Menschen entscheiden, wohin sie wollen. Bayern müsse nicht nur in Spitzenforschung investieren. Wesentlich sei es gerade auch, Kinder mit der Technologie verantwortungsbewusst aufwachsen zu lassen.

*Kontakt: [monika.geiss@bay-staedtetag.de](mailto:monika.geiss@bay-staedtetag.de)*

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019

## Digitalisierung in Rathaus, Schule, Mobilität und Pflege

**Die Städte warten nach wie vor auf eine Strategie der Bayerischen Staatsregierung, um die Kommunalverwaltungen voll digitalisieren zu können. Aus Sicht der Städte darf es nicht bis Ende 2020 dauern, bis ein bayerisches Konzept für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes des Bundes vorliegt. Nachhaltige Mobilität mit Elektro- und anderen emissionsarmen Antrieben, kombiniert und vernetzt mit Sharing-Systemen, E-Tretrollern und anderen Formen der Mikromobilität, stets verknüpft mit dem öffentlichen Nahverkehr, schafft Chancen für neue Lebensqualität in den Innenstädten. Dies waren zwei wichtige Ergebnisse der Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019 in Augsburg.**

Unter der Moderation der Journalistin Katrin-Cécile Ziegler diskutierten der Neu-Ulmer Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, die Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Regensburgs Bürgermeisterin Getrud Maltz-Schwarzfischer, Bürgermeister Benedikt Bisping aus Lauf an der Pegnitz, der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und der Amtschef des bayerischen Digitalministeriums, Dr. Hans Michael Strepp, über aktuelle Fragen zum digitalen Rathaus, zu digitaler Schule, zur digitalen Mobilität sowie zur digitalen Pflege und Gesundheit.

Als Ergebnis aus der Diskussion bei der Praxisstation vom Vortag hob Oberbürgermeister Gerold Noerenberg hervor, dass das Gesamtsystem der digitalen Verknüpfung von Staats- und Kommunalverwaltung funktionieren müsse. Unverständlich sei, dass das bayerische Konzept zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes des Bundes erst Ende 2020 kommen soll. Besonders wichtig ist laut Noerenberg eine gute Kommunikation zwischen Staat und Kommunen. Klärungsbedürftig sind die von der Staatsregierung zuge-

sagten Fördermittel für neue „Digitalisierungs-Lotsen“.

Aiwanger plädierte dafür, dass sich alle am E-Government Beteiligten selbst realistische Meilensteine zur Umsetzung geben sollten. Eine gute E-Government-Strategie benötige Zeit. Für die Umsetzung hinderlich sei, dass häufig das notwendige qualifizierte Personal fehle.

In Vertretung der Digitalministerin Judith Gerlach erwähnte der Amtschef des Digitalministeriums Dr. Hans Michael Strepp das „Bayern-Portal“ als gelungenes Beispiel der Kooperation zwischen Staat und Kommunen. Er sagte zu, dass die von der Staatsregierung gesetzte „Zielmarke 2020“ für das IT-Konzept weiter gelte.

Weitere Auskünfte zu konkreten Maßnahmen, insbesondere zu dem von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Rede vor der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags für Herbst 2019 angekündigten Digitalisierungskonzept der Staatsregierung, konnte Strepp nicht geben.

In ihrem Bericht über die Station „Digitale Mobilität“ hob Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer hervor, dass es für alle Formen des Ausbaus der Mobilität auf Verlässlichkeit bei der Infrastruktur und bei der Finanzierung ankomme. Zur Entlastung der Innenstädte von Verkehrsproblemen müsse der öffentliche Personennahverkehr weiterhin das entscheidende Zukunftsmodell bleiben.

Es gehe vor allem um den Ausbau bestehender Takte bei Bus, Tram, S-Bahn und U-Bahn, die Forcierung des Radwegebbaus und um eine Vielfalt treibhausgasfreier und umweltfreundlicher Antriebe. Ein wichtiger, aber nicht der einzige Bestandteil davon müsse die E-Mobilität mit aus-

gebauter Ladeinfrastruktur und möglichst einheitlichen Anschlüssen und Auflademöglichkeiten sein.

Laut Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer bietet eine Kombination neuer, nachhaltiger Maßnahmen, einschließlich Car-Sharing, Bike-Sharing und E-Scooter-Sharing, mit den Möglichkeiten der Digitalisierung große Chancen für eine Mobilität mit neuer Lebensqualität in den Innenstädten.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger brachte seine Ablehnung für Fahrverbote in den Innenstädten zum Ausdruck und plädierte dafür, mehr öffentlichen Nahverkehr auch in den ländlichen Raum zu bringen. Die Debatte um Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr hat für ihn einen „sozialistischen Anstrich“. Aiwanger bestätigte, dass die Bayerische Staatsregierung auf die Erhaltung der Automobilindustrie als einem wichtigen Wirtschaftszweig Bayerns setze und hierzu einen Pakt mit den Automobilherstellern in Bayern geschlossen habe.

Für die Einführung der digitalen Schule mahnte Bürgermeister Benedikt Bisping ein Gesamtkonzept der Staatsregierung an. Es sei nicht sinnvoll, in jeder Schule ein individuelles System einzuführen. Kommunen brauchen vernünftige und gleiche Rahmenbedingungen bei der Einführung der digitalen Schule. Die Kommunen brauchen Klarheit bei der Finanzierung des digitalen Klassenzimmers, die jeweilige Ausstattung dürfe nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Kommune abhängen. Auch an der Systembetreuung müsse sich der Freistaat Bayern endlich beteiligen.

Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer betonte, dass gerade im persönlichen Feld von Pflege und Gesundheit Datensicherheit sehr wichtig ist. Der Umgang mit den Daten ist sensibel und nur, wenn Betroffene für sich selbst einen Mehrwert sehen, sind sie bereit, Daten zur Verfügung zu stellen. Sie merkte kritisch an, dass

es Milliarden für Start-Ups und Forschung gebe, aber kaum ein Fokus auf die Umsetzung gelegt werde. Hilfreich wäre eine Anlaufstelle für Umsetzungsprojekte.

*Kontakt: [thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de](mailto:thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de)*

## Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch beziehen: Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.



## Informationsbrief als App

Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

[https://appsto.re/de/n6E\\_6.i](https://appsto.re/de/n6E_6.i)

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

Fachliches Begleitprogramm zum BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019

## Informationssicherheit und Best-Practice-Beispiele

**Im Rahmen eines digitalen Forums zum fachlichen Begleitprogramm beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2019 wurden interessante Fachvorträge, moderiert von Frank Pintsch, Leiter des Direktoriums 1 des Referats Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, zu Best-Practice-Beispielen aus der kommunalen Praxis (Ismaning und Coburg) und zum übergreifenden Thema Informationssicherheit und Datenschutz angeboten.**

Dr. Jürgen Rink, Chefredakteur der c't, sieht Institutionen außerhalb der Schule als prädestiniert an, Kinder und Jugendliche verantwortungsbewusst mit neuer Technologie vertraut zu machen. Digitalisierung müsse neu gedacht werden, denn sie sei schnell. Dr. Rink macht Mut zur Digitalisierung: „Künstliche Intelligenz ist keine Bedrohung, gefährlich ist, dass die Auswirkungen der Digitalisierung unterschätzt werden und die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung kaum diskutiert würden. Die öffentliche Hand hat die Verantwortung, sich um soziale Netze zu kümmern und deren Ethik zu beeinflussen.“

Im Vortrag zum Thema Datenschutz und Informationssicherheit von Sascha Kuhrau von der Firma GKDS und a.s.k. Datenschutz, die Kommunen im Bereich Informationssicherheit beraten, wurde der oft angenommene Widerspruch zwischen Digitalisierung und Datenschutz aufgelöst. Es müsse vielmehr das vernetzte, miteinander kombinierte Themenfeld Digitalisierung gemeinsam von IT und Datenschutz angepackt werden.

Weitere Informationen zu Thema Datenschutz und Informationssicherheit finden sich unter:  
[www.bds-g-externer-datenschutzbeauftragter.de](http://www.bds-g-externer-datenschutzbeauftragter.de)  
[www.informationssicherheit-aktuell.de](http://www.informationssicherheit-aktuell.de)

Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister von Ismaning, berichtete über die interkommunalen Digitalisierungsprojekte der Städte Eching,

Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterschleißheim und Unterföhring im Rahmen der sogenannten NordAllianz.

Dazu zählen Smart-City-Vorhaben, wie Leitung der Verkehrsströme, Parkraumüberwachung und ein Luftqualitäts-Pilotprojekt, das in der Region Umweltmessdaten zur Luftreinhaltung in Echtzeit erfasst, auswertet und zur Verfügung stellt. Das geplante digitale Messnetzwerk der NordAllianz ist eines der größten kommunalen Messnetzwerke zur Erfassung der Luftqualität in Deutschland. Weitere Informationen unter:  
[www.nordallianz.de](http://www.nordallianz.de)

Karin Engelhardt, Leiterin der Stabsstelle E-Government und Verwaltungsmodernisierung der Stadt Coburg („Coburg digital“) berichtete über Digitalisierungsprojekte vor und hinter der Rathaustür in Coburg. So wurden von der Stadt schon viele prämierte Vorzeigeprojekte für die Stadtgesellschaft realisiert, wie „Digitale Einkaufsstadt“ zur Einbindung der Händler vor Ort in die Digitalisierung oder „Digitales Stadtgedächtnis“, zur Heranführung von Senioren unter Einbeziehung Jugendlicher an das digitale Zeitalter. Außerdem wurde für alle Bereiche der Stadt eine Digitale Agenda erstellt (Wirtschaft, Verkehr, Stadtverwaltung, Bildung, Gesundheit, Pflege) um die digitale Transformation in Coburg gemeinsam zu gestalten.

Die Präsentationen der Vorträge mit weiteren Links stehen im Digitalisierungsblog des Bayerischen Städtetags unter:

[staedtetag.blog](http://staedtetag.blog)

*Kontakt: [andrea.gehler@bay-staedtetag.de](mailto:andrea.gehler@bay-staedtetag.de)  
[monika.geiss@bay-staedtetag.de](mailto:monika.geiss@bay-staedtetag.de)*



## Kommunalpolitiker brauchen mehr Schutz vor Beleidigungen und Drohungen

# Bürgermeister wollen sich kein dickes Fell wachsen lassen

**Das gesellschaftliche und politische Klima wird härter, wenn sich Ressentiments, Populismus, Beleidigungen und Hetze Bahn brechen. Bundes- und Landespolitiker spüren diese Verschärfung ebenso wie Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in Verwaltungen.**

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, sagte mit Blick auf die Erfahrungen von vielen Kommunalpolitikern: „In Rathäusern mehren sich Fälle von Beleidigungen, Anfeindungen oder gar Drohungen. Betroffen sind Mandatsträger und ihr privates Umfeld mit Ehepartnern und Kindern. Vom Bürgermeister wird erwartet, dass er auf Augenhöhe mit jedem Menschen spricht. Man hört oft, dass ein Bürgermeister ein dickes Fell braucht. Zum Amt des Bürgermeisters gehört es nicht, Beleidigungen und Hetze aushalten zu müssen. In jedem Bürgermeister steckt ein Mensch, der sich kein dickes Fell wachsen lassen will. Bürgermeister sind für ihre Bürger da, sie zeigen Respekt und wollen wie jeder Mensch mit Respekt behandelt werden.“

Die „Wutbürger“ gehen um: Was früher die analoge Stammtischparole war oder das Gerücht, das sich von Mund zu Ohr verbreitet hat, geht heute mit einem Klick tausendfach über das Smartphone. Was früher im Wirtshaus geratscht wurde oder beim Einkaufen in der Bäckerei hinter vorgehaltener Hand geraunt wurde, verbreitet sich nun in Windeseile über Facebook, Twitter oder Instagram. Digitale „Wutbürger“ äußern sich oft aus der Anonymität und unter Decknamen. Stimmungen schaukeln sich mit wenigen Klicks hoch.

Spott, Hohn, Aggression, Hetze und Hass bestimmen den Diskurs. Beleidigende Töne in Social Media können wie Brandbeschleuniger wirken. Befeuert von digitalen Möglichkeiten mobilisieren sich heute Stimmungen schneller als etwa in den 1970er Jahren mit Bürgerinitiativen, hektogra-

phierten Flugblättern und Leserbriefen. Von demokratischen Abwägungsprozessen und Kompromissen wollen digitale „Wutbürger“ wenig wissen.

Gribl: „Die Erinnerung an Jahrestage zur Weimarer Verfassung 1919, zum Grundgesetz 1949 und zum Mauerfall 1989 vergegenwärtigt uns, was an demokratischen Strukturen und politischer Kultur alles gewachsen ist. Diese stabilen Strukturen und unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Das ist ein kostbares Erbe, mit dem wir pfleglich umgehen. Das muss täglich aufs Neue gelebt und erarbeitet werden.“

Was mit Beleidigungen und Schmähungen beginnt, was in Worten formuliert und in Bildern symbolisch gezeigt wird, kann rasch in Gewalt gegen Sachen und in Übergriffen gegen Menschen enden.

Gribl: „Wir bleiben wachsam, Demokraten stehen zusammen. Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Wir schützen diese demokratischen Bastionen vor populistischen Bewegungen. Dies gilt besonders mit Blick auf die Kommunalwahl 2020: Kandidaten für kommunale Mandate dürfen nicht zum Freiwild für Beleidigungen oder Übergriffe werden. Wer engagiert sich noch in der Kommunalpolitik, wenn man Gefahr läuft, beleidigt zu werden oder wenn sogar das private Umfeld bedroht wird? Es geht auch darum, zu überlegen, wie Politiker und Kommunalpolitiker besser vor Übergriffen geschützt werden können. Und es geht darum, dass Strafverfolgungsbehörden bei Beleidigungen oder Bedrohungen konsequent durchgreifen.“

*Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)*

Offensive zum Flächensparen der Staatsregierung

## „Damit Bayern Heimat bleibt – nicht nur für Gutverdiener“

**Der Bayerische Ministerrat hat am 16. Juli 2019 die Flächensparoffensive beschlossen. Wesentlicher Bestandteil der Flächensparoffensive ist die Verankerung einer Richtgröße für die Flächenneuanspruchnahme von fünf Hektar pro Tag in das Landesplanungsgesetz. Die Richtgröße soll von einem Maßnahmenkatalog zur Reduzierung des Flächenverbrauchs flankiert werden. Insbesondere soll die vor zwei Jahren eingeführte Aufweichung des Anbindegebots zurückgenommen werden. Bereits zuvor hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen einen Gesetzesantrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, der eine verbindliche Flächenverbrauchsobergrenze vorsieht.**

Die Staatsregierung berücksichtigt mit der Richtgröße die Ablehnung einer starren Obergrenze durch die kommunalen Spitzenverbände. „Der Bayerische Städtetag fordert einen konsequenten Vorrang der Innenentwicklung. Nötig sind flächensparende Nutzungen in der Landesplanung, in Fachplanungen, in kommunalen Planungen und im Förderwesen. Der Bayerische Städtetag setzt sich vorbehaltlos für eine flächensparende Siedlungsentwicklung ein. Aber: Der Bayerische Städtetag lehnt jede Art einer Obergrenze für Flächenverbrauch ab. Eine Flächenzuweisung nach mathematischen Formeln wird weder den vielschichtigen Bedarfen der über 2000 bayerischen Städte und Gemeinden noch den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern gerecht. Sie verstößt gegen die in der Bayerischen Verfassung verankerte kommunale Planungshoheit,“ sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Gribl: „Eine Obergrenze bei Flächenverbrauch löst das Problem der Flächenkonkurrenz nicht auf. Sie zeigt keine Lösung für das Problem der zunehmenden Flächenbeanspruchung. Sie ist kein Steuerungsinstrument zur Stärkung der ländlichen Räume. Sie ist einzig auf Verhinderung ausgerichtet. Der Antrag auf Festlegung einer

Flächenobergrenze hält keine Antwort bereit, wie bezahlbare Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Arbeitsplätze und Erholungsflächen platzsparender und integriert verwirklicht werden können. Ganz im Gegenteil, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bleiben auf der Strecke. Der Städtetag wertet positiv, dass das Kabinett nicht auf Verhinderung setzt, sondern konkrete Maßnahmen benennt, wie eine flächensparende Entwicklung aussehen kann. Mit der Rücknahme der Aufweichung des Anbindegebots greift das Kabinett eine langjährige Forderung des Bayerischen Städtetags auf.“

Bayern wächst. Die Bevölkerung nimmt in den letzten Jahren stetig zu. Dieser Trend setzt sich fort. Viele Menschen suchen bezahlbare Wohnungen, Kindergartenplätze, Schulplätze für ihre Kinder oder einen Arbeitsplatz. Die bayerische Wirtschaft wächst. Sie benötigt mehr Büroräume, Produktions- und Lagerstätten. All diese Einrichtungen benötigen Platz. Nicht nur die bayerischen Metropolen benötigen Fläche. Auch die Städte und Zentren der ländlichen Räume und die Gemeinden in den ländlichen Regionen Bayerns haben ein Recht, sich zu entwickeln – und auch nach außen. Kehrseite dieser Erfolgsgeschichte Bayerns ist eine konstant hohe Flächenneuanspruchnahme und eine teils dramatische Zunahme der Nutzungskonkurrenz um die Fläche. Dies geht zu Lasten der Natur, der Tier- und Pflanzenwelt und des Landschaftsbildes des Freistaats.

Und dennoch: Siedlungsentwicklung und Flächensparen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Es muss das Zusammenspiel dieser scheinbaren Gegensätze betrachtet werden. Es geht um eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung, die die Bedarfe der Wohnungssuchenden, der Arbeitssuchenden, der Erholungssuchenden in den Städten oder der Pendelnden mit der Natur, der Pflanzen- und der Tierwelt gerecht zum Ausgleich bringt. Gribl: „Das gescheiterte Volksbegehren der Grünen war

überschrieben mit ‚Bayern verliert sein Gesicht‘ – ‚Betonflut eindämmen – Damit Bayern Heimat bleibt‘. Es muss jedoch gelten: Bayern muss Heimat bleiben – auch für Geringverdiener in München, Augsburg oder Regensburg. Die bayerischen Städte sind bedroht, ihre Gesichter zu verlieren, weil jede Verknappung des Bodens steigende Bodenpreise und damit steigende Mieten zur Folge hat.“

**Die Befürworter einer Flächenobergrenze sollten sich aus der Perspektive vor allem der Bürger in den Städten zentrale Fragen stellen: „Können sich Münchnerinnen und Münchner die Stadt München noch leisten? Bald nicht mehr!“**

„Bayern verliert sein Gesicht“ (Zitat aus dem gescheiterten Volksbegehren „Betonflut eindämmen – Damit Bayern Heimat bleibt“) – die bayerischen Städte verlieren Gesichter: Denn viele Menschen können sich unsere Städte nicht mehr leisten. Enorm gestiegene Bodenpreise erschweren bereits heute die Schaffung bezahlbarer Wohnungen. Eine Verknappung von Fläche führt zu steigenden Boden- und Mietpreisen. Bereits heute ist die Verfügbarkeit von Grundstücken der Flaschenhals für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Familien, Alleinerziehende und Rentner sind seit langem Leidtragende der Preisentwicklung in den bayerischen Städten. Eine weitere künstlich geschaffene Preiserhöhung wird vielen Berufsgruppen ein Leben in den bayerischen Städten unmöglich machen.

**Es stellt sich die Frage: „Kindergarten oder Arbeitsplatz – Wie wollen die Menschen entscheiden?“**

Eine Obergrenze beim Flächenverbrauch löst Flächenkonkurrenzen nicht auf, sondern verschärft sie. Sie drängt sämtliche Planungsebenen, sich zwischen konkurrierenden Nutzungen zu entscheiden, ohne aber eine am Bedarf orientierte Abwägung durchführen zu können, wenn das Kontingent überschritten ist: So treten die Schaffung neuer Wohnungen in Konkurrenz zur Errichtung neuer Schulen, der Bau

von Kindergärten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

**Es stellt sich die Frage für die Schaffung neuer Wohnsiedlungen: „Wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass diese Entscheidung in der örtlichen Gemeinschaft oder zentral vom Freistaat entschieden wird?“**

Die wichtigsten Fragen des Zusammenlebens in einer Gemeinde werden bislang zurecht von der örtlichen Gemeinschaft in der Kommune entschieden. Den Städten und Gemeinden garantiert das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung die kommunale Selbstverwaltung. Wesentliches Element der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie ist die kommunale Planungshoheit. Eine Obergrenze beim Flächenverbrauch verletzt die kommunale Planungshoheit und erschwert die Erfüllung der Aufgaben der Städte und Gemeinden, indem kommunale Entwicklungen abgeschnitten würden. Wichtige Bereiche der örtlichen Aufgabenerfüllung würden aufgrund einer mathematischen Flächenzuteilung zentral vom Freistaat entschieden und nicht mehr auf Grund eines Entscheidungsprozesses vor Ort.

**Es stellen sich besonders für Kommunen in strukturschwachen Räumen die Fragen: „Bevölkerungsrückgang? Es wird öde? Wachstum ist ausgeschlossen?“**

Besonders betroffen von einer Obergrenze beim Flächenverbrauch sind strukturschwache Kommunen mit Bevölkerungsrückgang. Alle bislang vorgeschlagenen Verteilungsmechanismen knüpfen an die Bevölkerungsentwicklung an. Durch die Verteilung der Flächenkontingente am Maßstab der bestehenden Bevölkerung, der prognostizierten Bevölkerung, der Bewertung als Wachstums- oder Schrumpfsregion oder der regionalen Wirtschaftskraft würden demografische Bevölkerungsentwicklungen zementiert, ohne diesen Städten und Gemeinden Perspektiven zu geben.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*

Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen Städtetags in Brüssel

## Städtische Europa-Koordinatoren bei EU-Kommission

**Vom 24. bis 26. Juni 2019 konnten sich die EU-Koordinatoren bayerischer Städte nach dem Besuch im Jahr 2014 wieder auf Einladung der Europäischen Kommission im Rahmen eines Informationsbesuchs zu vielen kommunalrelevanten EU-Themen in Brüssel informieren. Rege genutzt wurde die Möglichkeit des direkten Meinungsaustausches mit Kommissionsbeamten zum EU-Beihilferecht, zur Migrationspolitik, zur EU-Wasserpolitik, zu europäischen Digitalisierungsstrategien der Verwaltungen, zur Zukunft der EU-Förderperiode nach 2020, wie zum Beispiel der städtischen Dimension in den EU-Strukturfonds.**

Mit vielen positiven und tagesaktuellen Eindrücken, unter anderem zu Diskussionen der Besetzung der höchsten EU-Spitzenpositionen nach der Europawahl, kehrte die Arbeitsgemeinschaft der EU-Koordinatoren bayerischer Städte im Juni vom dreitägigen Besuch in Brüssel zurück. Finanziert hatte diese, speziell auf kommunale Europafragen zugeschnittene Informationsreise, die Vertretung der Europäischen Kommission in München und der Besucherdienst der Europäischen Kommission in Brüssel.

Die 25 Vertreter der kommunalen Ebene aus Bayern, darunter städtische EU-Beauftragte und Verwaltungsmitarbeiter aus Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Cham, Deggendorf, Erlangen, Hof, Landshut, Memmingen, München, Neustadt bei Coburg, Nürnberg, Regensburg, Sulzbach-Rosenberg und Würzburg konnten sich einen aktuellen Überblick über kommunalrelevante EU-Themen verschaffen.

So konnten im Gespräch mit der EU-Kommission einige Sachverhalte in Rahmen des Themas Finanzierung lokaler Infrastrukturen durch Städte unter Berücksichtigung aktueller Entscheidungen der Kommission und Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes im EU-Beihilferecht behandelt werden. Aber auch der künftige Finanz-

rahmen wegen des Brexit und die damit zusammenhängende Finanzausstattung der neuen Strukturfondsförderperiode nach 2020 und insbesondere deren städtische Dimension wurden rege diskutiert.

Besonders interessante Lösungsmöglichkeiten wurden in einem Vortrag zum Thema Digitale Transformation der Verwaltung in Europa von der Generaldirektion Kommunikationsnetze Inhalte und Technologien präsentiert. Insgesamt wurden zehn Vorträge zu kommunalen EU-Themen gehalten. Die Präsentationen zu den Vorträgen können Mitglieder des Städtetags direkt im Städtetagsnetz unter Fachinformationen / Europa und Internationales abgerufen werden.

Höhepunkt im Rahmenprogramm der Reise war eine Begegnung mit Michael Hager, Kabinettschef von EU-Kommissar Günther Oettinger und die Übergabe eines Förder-Vouchers in Höhe von 15.000 Euro an die Stadt Deggendorf durch einen Vertreter der EU-Kommission für die Förderung von W-LAN in der Stadt. Vor Kurzem hatte Deggendorf einen Zuschlag im Förderprogramm WiFi4EU von der EU-Kommission erhalten, um Hotspots an öffentlichen Orten einzurichten, an denen noch kein kostenloses WLAN-Angebot verfügbar ist.

Insgesamt zogen die Teilnehmer ein positives Fazit über die Tage in Brüssel und kehrten, insbesondere beeindruckt von der Aufgeschlossenheit der Kommissionsbeamten für die Belange der Städte, mit vielfältigen Eindrücken und Anregungen für die praktische Arbeit aus Brüssel zurück. Der Bayerische Städtetag dankt der Vertretung der EU-Kommission in München für die Ermöglichung dieser Reise.

*Kontakt: [andrea.gehler@bay-staedtetag.de](mailto:andrea.gehler@bay-staedtetag.de)*



Dienstreisen kommunaler Beamter und Beschäftigter in EU-Länder

## Vereinfachung bei A1-Bescheinigungen empfohlen

**Grundsätzlich ist vor jeder Auslandstätigkeit (EU / EWR-Länder und Schweiz) eine A1-Bescheinigung bei dem zuständigen Träger zu beantragen. Zuständiger Träger ist bei privat-versicherten Beschäftigten die Deutsche Rentenversicherung, bei (freiwillig) gesetzlichen Versicherten die jeweilige gesetzliche Krankenversicherung (siehe Informationsbrief 5/2019). Aufgrund der Unsicherheit, ob für jede Tätigkeit, wie etwa einer Geschäftsreise von kurzer Dauer ins Ausland auch eine A1-Bescheinigung im Vorfeld beantragt werden muss, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Hinweise zur Handhabung der Bescheinigung bei kurzfristig anberaumten und kurzzeitigen Tätigkeiten veröffentlicht.**

Mit Rundschreiben Nr. 099/2019 vom 8. Juli 2019 legt der Bayerische Städtetag seinen Mitgliedern eine vereinfachte Handhabung des Verfahrens bei Auslands-Dienstreisen von Beamten und Tarifbeschäftigten nahe. Da die A1-Bescheinigung auch noch nachträglich erteilt werden kann, kann es bei nicht-regelmäßigen, kurzfristig anberaumten und kurzen Geschäftsreisen und bei anderen Entsendezeiträumen bis zu einer Woche zweckmäßig sein, auf einen Antrag auf Ausstellung einer A1-Bescheinigung zu verzichten.

Nach Rücksprache mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und vor dem Hintergrund des Schreibens des BMAS empfiehlt die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags die Hinweise, die das Finanzministerium für Beamte und Beschäftigte des Freistaats Bayern gegeben hat, auch seinen Mitgliedern.

Anträge für A1-Bescheinigungen können auch für einen längeren Zeitraum ausgestellt werden und müssen nicht für jede Dienstreise neu oder einzeln beantragt werden. Bei regelmäßigen Dienstreisen (ggf. in unterschiedliche Mitgliedstaaten) empfiehlt es sich daher, auf die Ausstellung einer längerfristigen A1-Bescheinigung hinzu-

wirken. Für welche Zeiträume die A1-Bescheinigungen ausgestellt werden, hängt dabei vom jeweiligen Träger ab (zum Beispiel die Deutsche Rentenversicherung stellt derzeit A1-Bescheinigungen für zwei Jahre aus). Es wird in diesem Fall empfohlen, bei der Antragstellung die betreffenden Staaten anzugeben und „keine feste Adresse im Beschäftigungsstaat“ anzukreuzen.

Bei kurzfristig anberaumten Dienstreisen sowie kurzzeitigen Dienstreisen bis zu einer Woche kann zur Verfahrensvereinfachung auf einen Antrag auf Ausstellung der A1-Bescheinigung verzichtet werden. Sollte von den prüfenden Stellen des Beschäftigungsstaates eine A1-Bescheinigung verlangt werden, ist diese im Nachhinein zu beantragen und dieser Stelle vorzulegen.

Soweit es im Rahmen von Kontrollen zu Behinderungen oder behördlichen Maßnahmen kommt, wird gebeten, dies der Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags mitzuteilen, damit solche Vorfälle dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und dem Deutschen Städtetag weitergemeldet werden können.

Zusammen mit dem Deutschen Städtetag und dem Europabüro der bayerischen Kommunen wird der Bayerische Städtetag weiterhin auf eine Ausnahme von der Mitführungspflicht einer A1-Bescheinigung auf Dienstreisen kommunaler Bediensteter hinwirken.

*Kontakt: [andrea.gehler@bay-staedtetag.de](mailto:andrea.gehler@bay-staedtetag.de)*

## Persönliche Nachrichten

### Verstorben

ist **Dr. Winfried Zehetmeier**, ehemaliger zweiter Bürgermeister der Landeshauptstadt München, Altbürgermeister **Josef Westermayr**, Röhrmoos.

### Geburtstage

Im Juli 2019 feiern

#### den 70. Geburtstag:

Altbürgermeister **Michael Sedlmair**, Gemeinde Ismaning

#### den 65. Geburtstag:

Bürgermeister **Jürgen Huber**, Regensburg, Mitglied im Gesundheitsausschuss sowie im Umweltausschuss des Bayerischen Städtetags  
Erster Bürgermeister **Dr. Matthias Ruhdorfer**, Hohenschäftlarn

Erster Bürgermeister **Thomas Reimer**, Neustadt a. d. Donau

Erster Bürgermeister **Edmund Pirkelmann**, Waischenfeld, Mitglied im Verwaltungs- und Rechtsausschuss sowie im Personal- und Organisationsausschuss des Bayerischen Städtetags

#### den 60. Geburtstag:

Erster Bürgermeister **Klaus Hacker**, Röthenbach a. d. Pegnitz, Mitglied im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags

Ltd. Verwaltungsdirektor **Reiner Leibl**, Stadt Weiden, Mitglied im Personal- und Organisationsausschuss des Bayerischen Städtetags

#### den 50. Geburtstag:

Oberbürgermeister **Sebastian Remelé**, Schweinfurt, Bezirksvorsitzender Unterfranken  
Forstinspektor **Michael Siller**, Stadt Landsberg am Lech, Mitglied im Forstausschuss des Bayerischen Städtetags.

## Leserumfrage

Monat für Monat liegt der Informationsbrief des Bayerischen Städtetags auf Ihrem Schreibtisch, kommt als PDF in Ihrem E-Mail-Postfach an, erscheint als App auf Ihrem Smart-Phone oder lässt sich von unserer Internet-Seite herunterladen.

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags interessiert, wie sich die Leserschaft des Informationsbriefs zusammensetzt. Wer liest den Informationsbrief regelmäßig oder eher nur bei-läufig? Ist die monatliche Erscheinungsweise angemessen? Hilft der Informationsbrief für die kommunalpolitische Arbeit, für die politische Entscheidungsfindung, für die Arbeit der Verwaltung im Rathaus oder für die Öffentlichkeitsarbeit? Sind die Beiträge in der geeigneten Länge? Sind die Beiträge verständlich lesbar? Nutzen Sie den Informationsbrief regelmäßig oder nur selten? Sind Sie mit dem Erscheinungsbild zufrieden? Haben Sie eventuell Anregungen?

Uns interessiert Ihre Meinung.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich fünf Minuten Zeit nehmen, um bei unserer Online-Umfrage mitzumachen. Die Möglichkeit zur Teilnahme an der Umfrage besteht bis 30. September.

Bitte folgen Sie dem Link:

<https://t1p.de/informationsbrief>

## Termine

- 17.09.2019 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 18.09.2019 **Gesundheitsausschuss** in München
- 20.09.2019 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Deggendorf
- 27.09.2019 **Schulausschuss** in München
- 30.09.2019 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 01.10.2019 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 09.10.2019 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Weiden
- 09.10.2019 **Sozialausschuss** in Würzburg
- 11.10.2019 **Arbeitskreis Organisation** in Bamberg
- 15.10.2019 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Waldkraiburg
- 16.10.2019 **Erfahrungsaustausch der GeschäftsleiterInnen und HauptamtsleiterInnen** der Großen Kreisstädte in München
- 17.10.2019 **Arbeitskreis Finanzen** in München
- 18.10.2019 **Finanzausschuss** in München
- 22.10.2019 **Vorstandssitzung** in München
- 24.10.2019 **Pressekonferenz** in München
- 24.10.2019 **Forstausschuss** in München
- 24./25.10.2019 **Sportausschuss** in Neu-Ulm
- 05.11.2019 **Kämmerertagung Schwaben** in Günzburg
- 06.11.2019 **Umweltausschuss** in München
- 06.11.2019 **Kämmerertagung Mittelfranken** in Roth
- 07.11.2019 **Bezirksversammlung Schwaben** in Günzburg
- 08.11.2019 **Arbeitskreis Personal** in Regensburg
- 12.11.2019 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Hammelburg

13.11.2019	<b>Arbeitskreis</b> luK in Gunzenhausen
14.11.2019	<b>Arbeitskreis Gutachterausschüsse</b> in Aschaffenburg
19.11.2019	<b>Bezirksversammlung Oberfranken</b> in Waischenfeld
22.11.2019	<b>Bezirksversammlung Mittelfranken</b> in Altdorf b. Nürnberg
25.11.2019	<b>Arbeitskreis Stadtarchive</b> in München
25.11.2019	<b>Kämmerertagung Niederbayern / Oberpfalz</b> in Weiden i. d. Opf.
28.11.2019	<b>Kulturausschuss</b> in München
11.02.2020	<b>Vorstandssitzung</b> in München
13.02.2020	<b>Pressekonferenz</b> in München
21.04.2020	<b>Vorstandssitzung</b> in München
23.04.2020	<b>Pressekonferenz</b> in München

*abgeschlossen am 18. Juli*

# digitale gesellschaft. digitale städte.

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2019

staedtetag.blog bietet laufend neue Informationen

Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) steht im Internet unter Jahrestagungen 2019 bereit:

Faltblatt Forderungen: digitale gesellschaft. digitale städte.

Pressemitteilung Dr. Gribl: Digitalisierung darf keinen Menschen zurücklassen

Pressemitteilung Dr. Jung: Digitale Städte orientieren sich am Gemeinwohl

Pressemitteilung Pellkofer: Digitale Technologien helfen für eine stadtverträgliche Mobilität

<https://www.bay-staedtetag.de/jahrestagungen/2019/downloads/>